

Schwedter Hiobsbotschaften

Pipelinestillstand, steigende Kosten, geplatzte Zukunftsprojekte: Die Lage der PCK verschärft sich, während Berlin auf EU-Genehmigungen wartet

Von Knut Mellenthin

Die schlechten Nachrichten aus dem brandenburgischen Schwedt, zu DDR-Zeiten eines der größten Zentren der Rohölverarbeitung, reißen nicht ab. Am Freitag vor einer Woche, dem 26. Juni, gaben die Unternehmen Sasol (Südafrika) und Topsoe (Dänemark) die Auflösung ihres Joint Ventures namens Zaffra bekannt. Die offizielle Begründung klingt ebenso zuversichtlich-beruhigend wie nichtssagend: Die beiden Gesellschaften wollen »die organisatorische Struktur ihrer Partnerschaft für die nächste Phase der Marktentwicklung neu aufstellen«.

Als unmittelbare Folge der geschäftlichen Entscheidung gilt ein Projekt als gefährdet, das von der Bundesregierung und der Brandenburger Landesregierung als ganz große Hoffnung für den Erhalt und die Zukunftssicherung des Standorts an der Oder vermarktet worden war: Zaffra wollte in Deutschland zusammen mit der in Hamburg ansässigen MB Energy Group »grünes«, »nachhaltiges« Flugbenzin produzieren lassen. Die Wahl der unter dem Namen Concrete Chemicals operierenden Firmengemeinschaft war, warum auch immer, auf Schwedt gefallen. Der Rückzug von Sasol und Topsoe, mit dem jetzt gerechnet wird, würde dem Projekt die Standbeine entziehen, denn diese zwei Unternehmen sollten das Know-how und die Patente für die Herstellung von »grünem« Flugzeugtreibstoff mitbringen.

Für die Sicherung der PCK-Raffinerie Schwedt, die auf Anordnung der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2023 kein russisches Öl mehr verarbeiten darf und seither in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten steckt, hätte das jetzt vielleicht schon gescheiterte Projekt ohnehin kaum etwas gebracht. Die Produktionsanlagen sollten zwar auf dem Gelände der Raffinerie gebaut werden, aber mit dieser praktisch nichts zu tun haben. Trotzdem hatten »die Politik« und die Medien das Vorhaben so beworben, als wäre es ein großartiger Beitrag zur Rettung und Sicherung des Standorts, von dem irgendwie auch die PCK profitieren würde. Am 11. Mai war Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche zu einem zweistündigen Besuch erschienen, um den Trägern des »grünen« Projekts einen Fördermittelbescheid in Höhe von 350 Millionen Euro zu überreichen. Mehr als eine symbolische Geste war das nicht: Erstens fehlte die erforderliche Zustimmung der EU-Behörden, zweitens hatten die beteiligten Unternehmen das Vorhaben noch gar nicht definitiv vereinbart.

Kurz vor Reiches Besuch in Schwedt hatte ein weiterer »Schicksalsschlag« die PCK getroffen: Die russischen Betreiber der Druschba-Pipeline hatten Ende April angekündigt, dass vom 1. Mai an »vorläufig« kein Öl mehr durch die Leitung fließen werde. Die Begründungen waren ungenau und entzogen sich einer Prüfung. Von nötigen technischen Reparaturmaßnahmen bis zu Schäden durch Drohnenangriffe aus der Ukraine schienen mehrere Vermutungen plausibel.

Zwei Monate später ist die Lage unverändert. Damit hat die Raffinerie ungefähr ein Fünftel der Ölmenge verloren, die vor der Schließung der Pipeline dort verarbeitet wurde. Der Betriebsratsvorsitzende der PCK, Danny Ruthenburg, hatte Ende April als Folge ein Sinken der Kapazitätsauslastung auf 65 Prozent vorausgesagt. Trotzdem wird die Auslastung derzeit mit 82 Prozent angegeben, ohne dass es prüfbare Hinweise gäbe, wo die Ersatzmenge hergekommen sein könnte. Eine naheliegende Vermutung ist, dass die Kapazität der Rohrleitung von Rostock nach Schwedt bis an die äußerste Belastungsgrenze strapaziert wird. Ein Versprechen der Bundesregierung, eine »Ertüchtigung« dieser Pipeline mit 400 Millionen Euro zu unterstützen, liegt seit 2023 bei den EU-Behörden auf Eis.

Der seit Jahresanfang 2023 wirksame schlagartige Totalverzicht auf russisches Erdöl hat die Schwedter Raffinerie über die Versorgungsprobleme hinaus in dauerhafte Schwierigkeiten gestürzt. Das Unternehmen muss jetzt im Schnitt mindestens zehn bis 15 US-Dollar pro Barrel mehr bezahlen als früher. Die Summe der Mehrkosten seit Anfang 2023 könnte bei zwei Milliarden US-Dollar liegen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/525352.geo-und-energiepolitik-schwedter-hiobsbotschaften.html>